

immer von einer einzigen, aber allerdings ebenso schwierigen, wie wichtigen Detailfrage ab. Davon nämlich, was unter den Brauereien abverlangt „Anerkennung des Arbeitsnachweises“ zu verstehen sein soll. Die Anerkennung des Arbeitsnachweises an und für sich ist seitens der Brauereien anstandslos und bereitwillig erfolgt und darüber herrscht volles Einverständnis, daß die Verwaltung dieser Einrichtung gemeinschaftlich durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgen soll. Dagegen sträubt sich die Boykottkommission zur Zeit noch gegen das Verlangen der Brauereien nach voller Klarstellung der Verpflichtungen, welche diese mit der „Anerkennung“ des Arbeitsnachweises eingehen sollen. Die Brauereien stehen auf dem Standpunkte, daß die sogenannte Anerkennung des Arbeitsnachweises ein Wort ohne greifbaren Inhalt, ein Angriff sei, den hinterher jeder nach seinem Belieben auslegen kann, falls nicht sofort unter Zustimmung beider Theile festgelegt wird, was die Anerkennung des Arbeitsnachweises bedeuten soll. Demgegenüber ist die Boykottkommission der Ansicht, daß eine vorläufige Einigung über das Prinzip des Arbeitsnachweises genüge, und daß es Sache weiterer Verhandlungen zwischen den Brauereien und den Brauereiarbeitern sei, über den Inhalt dieses Prinzips die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises im einzelnen, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Jeder Einsichtige wird sich sagen, daß der Standpunkt der Brauereien der allein richtige ist. Mit der bloßen Anerkennung des Arbeitsnachweises ist offenbar gar nichts erreicht, wenn hinterher Zwiespalt entsteht, wozu sich die Brauereien durch diese Anerkennung verpflichtet haben. Wird nicht von vornherein der Reim zu solchem Zwiespalt durch feste Begrenzung der von den Brauereien eingegangenen Verpflichtungen im Entstehen unterdrückt, so wird das Uebel leicht größer als zuvor, und die Brauereien laufen Gefahr, daß man ihnen nachträglich vorwirft, sie hätten ihr mit der „Anerkennung“ des Arbeitsnachweises gegebenes Wort nicht gehalten. Um dieser Gefahr neuer und womöglich schärferer künftiger Konflikte willen ist es eine absolute Nothwendigkeit, daß beide Theile gemeinsam feststellen, was unter der Anerkennung des Arbeitsnachweises verstanden sein soll. Und die Nothwendigkeit ist um so zwingender, als ja die Brauereien sich das Recht wahren wollen, einen Arbeiter zurückzuweisen, auch wenn er ihnen vom Arbeitsnachweise präsentirt wird. Ueber die Berechtigung dieser Forderung wird erst recht kein Einsichtiger Zweifel hegen. Ein Unternehmer würde ja thatsächlich nicht mehr Herr im eignen Hause sein, wenn er widerprüchlos jeden nehmen müßte, der ihm vom Arbeitsnachweise zugeschickt wird. Mit Recht erinnerte am Sonnabend Direktor Goltzschmidt daran, wie auch Herr Bebel im Reichstage zugegeben hat, die Beschäftigung eines direkt mit dem Unternehmer verbandenen, widerspänstigen Arbeiters könne jenem nicht zugemuthet werden. Bekanntlich seien ja auch die Sozialdemokraten überall da, wo sie selbst Arbeitgeber sind, jeden an die Luft, der sich nicht fügen will. Ein gleiches Recht, und demgemäß auch das Recht, unfähige Arbeiter gleich zurückzuweisen, werden daher die Sozialdemokraten auch wohl dem Arbeitgeber aus Bürgertreue zuerkennen müssen.

Die „Korr.“ schreibt: Die Bewegung behufs Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise hat in Süddeutschland begonnen und raschen Fortgang gefunden. Wir haben auf diese Bewegung wiederholt aufmerksam gemacht und zum Anschluß an sie aufgefordert. Nunmehr scheint endlich volles Leben hinein zu kommen, denn in Preußen hat der Handelsminister die Sache in die Hand genommen und den Städten über 10000 Einwohner die Errichtung von Arbeitsnachweiskommissionen anheimgegeben. Nach dem Plane des Ministers sollen später die verschiedenen Arbeitsnachweise nach und nach mit einander in eine organische Verbindung treten und dadurch in stand gesetzt werden, die Arbeitsnachfrage und das Arbeitsangebot in den verschiedenen Orten und Gegenden auszugleichen. Ebenso sollten später die ländlichen Vereine für Arbeitsvermittlung und eventuell auch die Handelskammern in diesen Ring eingeschlossen werden. Das Vorgehen des Ministers wird allseitig mit Genugthuung begrüßt werden. Hoffentlich bleiben ihm gegenüber die Kommunen nicht unthätig. Sie würden, im Falle sie die ministerielle Anregung mißachteten, lediglich der Sozialdemokratie einen Gefallen erwiesen. Schon schreibt nämlich der „Vorwärts“: „Da diese (kommunalen) Arbeitsnachweiskommissionen keinerlei Garantie gegen illoyales Eingreifen bei Streiks bieten und die Arbeiter anscheinend von jedem Einflusse auf die Verwaltung ferngehalten werden, so werden sie kaum das Vertrauen der Arbeiter erlangen, ohne das sie werthlos sind, und lediglich den Unternehmern eine Last abnehmen.“ Die leitenden Kreise der Sozialdemokratie fürchten die Einrichtung von Arbeitsnachweiskommissionen, die von ihrem Parteiterrorismus unbeflügelt sind. Das Streben der Sozialdemokratie geht dahin, überall Arbeitsnachweise einzurichten, die nur unter Verwaltung der Arbeiter — also der „Genossen“ stehen. Solche Bureaus würden dann nur zielbewusste Sozialdemokraten in Stellung bringen, also gleichmäßig den Arbeitern wie den Arbeitgebern den Willen der sozialdemokratischen Parteileitung aufzwingen. Daß dieses Ideal eines Arbeitsnachweises nicht erreicht werde, dafür mögen die Kommunen und die Arbeitgeber sorgen. Der Erlaß des preussischen Handelsministers giebt ihnen den Weg dafür an.

Die Aussichten für mittellose Auswanderer sind gegenwärtig so schlecht wie noch nie vorher. Von überallher werden Warnungen laut. Allenfalls ist der Arbeitsmarkt überfüllt; wer keine anderen Hilfsmittel als sein Wissen oder praktische Können hat, geht rothen Schrittes dem sicheren Elend entgegen. Weber nach gelernten, noch nach ungelerten, weder nach Kopf, noch nach Handarbeitern herrscht irgendwo ein erkennbares Bedürfnis. Immer lauter die Redensart: Kein Vorwärtskommen ohne Kapital. Einige südamerikanische Staaten machen scheinbar eine Ausnahme; indess weiß man aus den in Brasilien gemachten Erfahrungen zur Genüge, wie bedenklich es für deutsche Auswanderer ist, sich gerade in jene Gegenden zu wagen, wo der mit der Sprache, Land und Leuten unbekanntem Ankömmling schulplos jeder Willkür und Spießbüberei preisgegeben ist. Man kann also mittellosen Auswanderungslustigen nur immer den dringenden Rath wiederholen, bei Leibe nicht aufs Gerathewohl hinauszugehen.

Die „Deutsche Wacht“ erhielt folgendes Privattelegramm: Eisenach, 7. Oktober. Die Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen antisemitischen Richtungen war von ca. 140 Herren aus allen Gegenden des Reiches besucht. Die Verhandlungen fanden unter der Leitung des Reichstagsabgeord-

neten Zimmermann statt, dem die Herren Liebermann v. Sonnenberg und Dr. Bachler als stellvertretende Vorsitzende zur Seite standen. Die 7 grundlegenden Punkte wurden bis 2 Uhr erledigt und die Einigung als deutsch-sozialer Reformpartei unter großer Begeisterung einstimmig angenommen. Als Vorsitzende der deutsch-sozialen Reformpartei wurden die Herren Abgeordneten Zimmermann und Liebermann v. Sonnenberg gewählt. Der Programmwurf wurde einer besonderen Kommission überwiesen. Die entgeltliche Organisation der Partei bleibt einem demnächst zu berufenden allgemeinen Parteitag vorbehalten. Die deutsch-soziale Reformpartei steht auf deutsch-nationalem, christlichem und monarchischem Boden.

Die Blättermeldung, der zufolge ein Theil der verhafteten und nach Magdeburg übergeführten Jüglinge der Berliner Oberfeuerwerker-Schule bereits wieder freigelassen worden sein sollte, wird von anderen Seiten bestritten. Schon die Größe der Arbeitslast, welche aus dem Verhör der mehr als 180 Verhafteten erwächst, ergibt die Unmöglichkeit der Entlassung Einzelner. Im Uebrigen soll das Ergebnis des bisherigen Verhörs bestätigen, daß es sich in den Ofen Angelegenheit nur um Disziplinarvergehen, nicht aber um politische Vergehen handelt. Wie die „Nat.-Ztg.“ von authentischer Seite erfährt, wird der ältere Jahrgang der Berliner Oberfeuerwerker-Schule zunächst aufgehoben werden.

Polen, 4. Oktober. Ein furchtbares Unglück hat sich in der neu errichteten Zementfabrik Rudnik bei Gjeszchow ereignet. Man hatte mit einem Hochofen mehrfache Brennvorgänge gemacht. Nach fünfzigstündiger Pause sollte nun der Ofen wieder in Brand gesetzt werden, weshalb der Heizer einen Arbeiter mit der Reinigung der Kasse beauftragte. Zu seinem Entsetzen gewahrte der Heizer, daß der Mann zusammenbrach. Sofort stieg er in den Ofen hinab, um den Arbeiter zu retten. Doch auch er stürzte bewußlos nieder. Ebenso erging es neun anderen Arbeitern, die nach und nach in den Ofen stiegen. Endlich wurden die Ventilationsröhren geöffnet und ein Arzt stellte Wiederbelebungsversuche an. Während sieben Mann todt blieben, gelang es, vier ins Leben zurückzurufen. Freilich liegen sie schwer krank darnieder. Vier der Toten hinterlassen Frauen und Kinder.

Zwischen England und Frankreich herrscht eine große Rivalität wegen des Einflusses auf die Insel Madagaskar. In Betreff darauf bringt der „Figaro“ eine Londoner Korrespondenz, welche die Lage sehr ernst aussieht und für nöthig hält, festzustellen, daß die Madagaskar, welche England und Frankreich seit nahezu 12 Jahren einander ertheilen, schließlich eine Wunde hervorgebracht hätten, welche giftig zu werden drohe. In England sei man so weit, in den Franzosen die künftigen Gegner zu erblicken, Alles was militärisch in England vorbereitet werde, geschehe im Hinblick auf diese Eventualität. Man müsse sich fragen, ob die beiden Nationen, welche an der Spitze der Zivilisation marschieren, sich an die Kette fassen und damit den Fortschritt um ein Jahrhundert zurückhalten wollen.“

Nach Mittheilungen, die auf den nach Berlin zurückgekehrten Professor Geh. Rath Leyden zurückgeführt werden, brauche der Zustand des Zaren nicht zu pessimistisch aufgefaßt zu werden. Immerhin wird zugegeben, daß das Befinden des Czaren nicht unbedingt und daß die Vorbereitung für die Genesung die Erhaltung der Kräfte und der Gemüthsruhe sei. Der letzte Punkt ist es, der nach allen Berichten, die bisher vorgelegen haben, den Fall erschwert. Seelische Eindrücke haben seit langer Zeit auf das Befinden des Zaren eingewirkt, der seit dem Tage von Borki ruhige Stände nur gefunden hat, wenn er fern seiner Heimath auf Seeland in dem bescheidenen Sommerstosse seines Schwiegervaters lebte. Und so begreift sich die Erregung, mit der man in Russland und auch in der Ferne die Krankheitsgeschichte des Zaren verfolgt. Der Thronfolger steht noch in den Jünglingsjahren; in der Gestalt mehr der zarten Mutter ähnelnd als dem rechenhaften Vater, soll er von der Mutter auch politisch freiere Ansichten geerbt haben. Bekundet hat er sie bisher nicht; er ist bisher nur wenig hervorgetreten, wozu er bei seinen jungen Jahren allerdings nur wenig Gelegenheit hatte. — Weiter wird noch mitgetheilt, daß Zar Alexander auf der Reise nach der Krone, wohin er sich auf den Rath der Aerzte begeben muß, auch die militärisch besetzte Station Zoolonowo passirte. Der Aufenthalt dauerte zehn Minuten, während welcher Zeit der Kaiser, dessen Aussehen keineswegs den alarmirenden Gerüchten über seinen Gesundheitszustand entsprechen haben soll, am Wagenfenster stand, ohne mit Jemandem zu sprechen. Die Kaiserin befand sich im anderen Wagen. Die Umgebung erzählt von der fortwährenden Unruhe und Beängstigung des Zaren und seinen raschen unermütheten Entschlüssen bezüglich der Reiseziele. Man glaubt, mit Rücksicht auf die wechselnde Gemüthsstimmung des Herrschers an die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr auf derselben Route, da die militärische Bedeckung derselben nicht zurückgezogen wurde.

Petersburg, 6. Oktober. An Cholera erkrankten bezw. starben: vom 30. September bis 5. Oktober in Petersburg 25 bezw. 16 Personen, vom 23. bis 30. September in dem Gouvernement Warschau 6 bezw. 6, vom 16. bis 22. September in dem Gouvernement Kalkisch 18 bezw. 11, Kiew 56 bezw. 25, Wieland 18 bezw. 11, Wolhynien 8 bezw. 4, Grodno 8 bezw. 4, in Bessarabien 143 bezw. 67; vom 16. bis 29. September in Saratow 162 bezw. 96, Kiew 44 bezw. 21; vom 23. bis 29. September kam in Lomsko wieder eine Erkrankung noch ein Todesfall vor, in Petrikow 62 bezw. 38, Radom 3 bezw. 2, Siedle 22 bezw. 14, Minsk 32 bezw. 19, Bobolien 290 bezw. 142, Bessarabien 157 bezw. 63; vom 10. bis 15. September in Kurland 28 bezw. 21, vom 13. bis 26. September in Laurien 9 bezw. 4.

New-York, 30. September. Die Insel Kuba ist wieder einmal der Schaulplatz trauriger Verwüstungen gewesen. Schon vor 14 Tagen hatte ein schwerer Wirbelsturm den flachen Theil der Insel heimgesucht und einen großen Theil der Plantagen verwaistet. Gleich darauf folgten schwere Wollenbrüche, welche weite Strecken der Niederungen unter Wasser setzten. Jetzt ist der Fluß Sagoa, durch die während der letzten Woche in den Bergen gefallenen Wassermassen geschwellt, aus seinen Ufern getreten, hat die Dämme, welche die Stadt Sagoa la Grande schützten, durchbrochen und die Stadt unter Wasser gesetzt. Die Straßen sind 6 Fuß hoch unter Wasser, ein großer Theil der Häuser ist bereits eingestürzt, andere wurden weggeschwemmt, und die Einwohner befinden sich zum Theil in verzweifelter

Lage. Der Hauptdambruch erfolgte mitten in der Nacht, und so wurden die unglücklichen Stadtbewohner von den hereinbrechenden Wassermassen im Schlaf überrascht. Eine ganze Anzahl Häuser wichen schon unter dem ersten Wogenschwall und wurden von den Sturzwellen des mitten durch die Stadt sich bahnbrechenden Stroms wie von der Erde weggefegt. 70 Häuser wurden so zerstört. Als die ersten Alarmsignale gegeben wurden, flüchteten sich Tausende auf die Dächer, kaum bescheidet und ohne Zeit zu haben, sich irgendwie mit Schutzmaßregeln zu umgeben. Das Wasser stieg so schnell, daß die Geflüchteten, nachdem der erste Schrecken vorüber war, nicht mehr Zeit fanden, sich mit der nothdürftigsten Kleidung und Nahrung zu versehen. Dabei blies ein scharfer kalter Wind, der die Leiden der Unglücklichen noch erhöhte. Erst spät am Tage gelang es, einen größeren Theil der auf die Dächer Geflüchteten in Booten zu retten. Die Zahl der Ertrunkenen und von den einstürzenden Häusern Begrabenen und Verwundeten läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Von Havana sind Hilfskolonnen abgegangen, welche Wundvorstände und Kleidung in die bedrängte Stadt bringen.

Vaterländisches.

Wilsdruff. Seit einiger Zeit ist es Brauch geworden, daß die Rekruten vor ihrem Eintritte in das Heer sich noch einmal im Gotteshause ihres Heimathortes mit den Jüngern zur gemeinsamen Feier des heiligen Abendmahls vereinen. Auch in der heutigen Nr. unseres Blattes ergiebt kirchlicherseits eine Einladung an die hiesigen Rekruten, sich an der nächste Mittwoch stattfindenden Abendmahlsfeier zu betheiligen. (Siehe kirchl. Nachrichten.)

Wie aus dem Inseratentheil unserer vorliegenden Nummer ersichtlich, wird kommenden Donnerstag Abend im Saale des Hotels zum Adler die Größte u. g. Vorkellung der Theatertruppe Otto Schmidt stattfinden.

Der hiesige Reformverein hält kommenden Sonntag in Saale des Schützenhauses einen öffentlichen Vortrag ab, bei welchem Herr Redakteur Welker aus Dresden über „Sozialdemokratie“ oder „Soziale Reform“ sprechen wird.

Den Mitgliedern des Gesangvereins „Anatron“ steht bei der Feier ihres diesjährigen Stiftungsfestes, welches durch Konzert und Ball kommenden Donnerstag, den 11. Oktober abends 7 Uhr im Saale des Hotels zum goldenen Löwen gefeiert werden soll, ein recht hoher Genuß bevor. Dem Viedemeister des Vereins, Herrn Cantor Hienrich hier selbst ist es zur besonderen Auszeichnung des Konzerts gelungen, unter gütiger Mitwirkung der Frau Lehrer Hermann-Meißner, des Herrn Lehrer Blum-Meißner und des Herrn Musikdirektor Röhmisch hier, das „Winterleben“, Rhapsodie in 7 Gesängen für gemischten Chor, Soli, verbindendem Text und Orchesterbegleitung von Julius Becker zur Aufführung zu bringen.

Am Mittwoch früh erging sich die bei dem Gemeindevorstand Herrn D. Beyer in Röhrsdorf in Diensten stehende Magd Alma Grelmann. Lebensüberdruß soll das Motiv zum Selbstmord des erst sechzehnjährigen Mädchens gewesen sein. — Laut einer Verfügung des Königl. Ministeriums des Innern ist die Abgabe von Ehrensalven bei der Vereidigung ehemaliger Armeangehöriger, welche zwar einen Feldzug mitgemacht haben, einem Bundesvereine des Königl. Sächsischen Militärvereinsbundes aber nicht angehörten, nicht zulässig. Durch die die Abgabe von Ehrenfeuer betreffende Verordnung vom 17. Oktober 1876 sollten lediglich den Militärvereinen des Bundes gewisse Befugnisse und Vorrechte eingeräumt werden; unter der Bezeichnung „Kameraden“ im Sinne fraglicher Verordnung sind nur solche Personen zu verstehen, welche bei ihrem Ableben Mitglied eines dem Bunde angehörigen Militärvereins sind.

Der Circus Busch, welcher am Dienstag Abend seine Vorstellungen in Magdeburg beendet, trifft am Mittwoch Vormittag in Dresden ein und beginnt die Vorstellungen am Donnerstag Abend.

Seitens der Königl. Generaldirektion der Staatsbahnen ist dem gesammten Schaffnerpersonal in Rücksicht auf den bevorstehenden Eintritt der winterlichen Jahreszeit von Neuem eingeschärft worden, das Koupiren der Fahrkarten während der Fahrt auf die dringendsten Fälle zu beschränken, damit Unfälle vermieden werden. In der Hand des reisenden Publikums liegt es hauptsächlich, die genannte Bedörbe bei Durchführung dieser wohlgemeinten Anordnung auf das Wirksamste zu unterstützen, indem es die Fahrkarten zur Prüfung ohne jeden Aufenthalt bereit hält und somit die Beendigung des Koupirens vor der Abfahrt des Zuges ermöglicht.

Bei einem Gutbesitzer in Leuben wurde am Sonnabend Nachmittags ein Einbruch verübt. Die Diebe erbrochen im ersten Stock u. A. einen Sekretär und stahlen gegen 1000 Mk. Geld aus demselben, bestehend in mehreren Hundertmarkstücken, das übrige in Kronen und Doppeltkronen, sowie in einigen silbernen Fünfmarkstücken. Zwei unbekannte Bettler, von denen der eine schon bejahrt ist, der andere etwa 40 Jahre alt, länglich und schwächlich, blonden Schnurrbart haben und dunkelblauen Rock, graugestreifte schmutzige Hosen und braunen Filzhut tragen soll, kommen als Thäter in Frage. Sie scheinen in der Richtung nach Dresden zu gegangen zu sein.

Freiberg, 6. Oktober. Die Staatsanwaltschaft erläßt folgende Aufforderung, die wir wiedergeben, um ihr möglichste Verbreitung zu sichern: „Der hier in Untersuchungshaft befindliche Maurer und Monteur Friedrich August Kretschmar aus Wülstheide, der des an dem Dienstmädchen Johanna im Naundorfer Forste verübten Mordes dringend verdächtig erscheint, ist eines Nachmittags im Anfang Juni dieses Jahres in der Richtung nach Niederschöna zu in Begleitung eines in den zwanziger Jahren stehenden Mädchens gegangen. Den beiden Personen ist etwa eine Viertelstunde von der Bahnstation Klingenberg entfernt in der Waldschneise Nr. 18 die Händlerin Frau verw. Seidel aus Niederschöna, die nach der Bahnstation Klingenberg zu gegangen ist, begegnet. Kurz hinter Kretschmar und dem bezeichneten Mädchen hat die Frau verw. Seidel einen Mann getroffen, welcher sie unter Hinweis auf den vor ihm gehenden Kretschmar gefragt hat, „wer das sei?“, worauf ihm von der vermittelten Seidel die Antwort, daß dies Kretschmar aus Hegdorf sei, zu theil geworden ist. Der Unbekannte ist dann in gleicher Richtung wie Kretschmar und das Mädchen weitergegangen. Für den Gang der Untersuchung ist es von großer Wichtigkeit, diese unbekannte Mannsperson zu ermitteln; es wird deshalb diese, und werden